

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 28. März 2011

Nr. 07/11

INNENPOLITIK

Bund und Länder einig bei Stabilitätspakt und Pflegefonds
Bundesregierung beschloss Frauenquote in staatsnahen Betrieben
VfGH: Kreuze in Kindergärten zulässig
Spendenabsetzbarkeit wird ausgeweitet

EUROPA INTERNATIONAL

Bundeskanzler Faymann bei EU-Gipfel in Brüssel
Faymann für Europa ohne Atomenergie
Spindelegger in Zypern und Kosovo

WIRTSCHAFT

Neues Ökostromgesetz: Mehr Förderung für erneuerbare Energien
Österreich steigerte Erwerbstätigkeit auf Platz vier in EU
Spritpreis-Gipfel bei Mitterlehner
Lebensmittelbericht 2010
Post steigerte 2010 Gewinn
BAWAG in Gewinnzone

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Preis der Leipziger Buchmesse für Belletristik an Clemens J. Setz
Musikpreis Salzburg 2011
Film-Festival Diagonale 2011
Graz ist „City of Design“
Premiere von „Rodelinda“ im Theater an der Wien
„Bildungsfahrplan“ von Koalitionsregierung beschlossen
Österreich wirbt bei EU-Kommission für Zugangsquoten in der Humanmedizin
Österreich übernimmt Vorsitz für Austauschprogramm CEEPUS
ORF mit Medienarchiv zum Judentum
Zahlenspiegel 2010 zu Schule und Bildung
Startschuss für Masterstudium für Erwachsenen- und Weiterbildung
1.000 Forschungspraktika in den Sommerferien zu vergeben

SPORTPOLITIK

Expertenpapier bietet die Grundlage für neues Bundes-Sportförderungsgesetz

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Helmut Wohnout, Tel. ++43/1/53115-4154, Fax ++43/1/53115-4283, e-mail: helmut.wohnout@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at;
<http://www.bundeskanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK

Bund und Länder einig bei Stabilitätspakt und Pflegefonds

Bund, Länder und Gemeinden haben sich am 16. März auf einen neuen Stabilitätspakt geeinigt. Darin verpflichten sich die Länder zu einem strikten Sparkurs, wodurch das gesamtstaatliche Budgetdefizit von für heuer prognostizierten 3,2 % bereits 2012 unter der von der EU vorgegebenen 3-Prozent-Grenze liegen soll. Das Defizit der Länder muss von heuer 0,75 % im kommenden Jahr auf 0,6 % und 2013 auf 0,5 % sinken. Die Gemeinden müssen ausgeglichen bilanzieren. Im Gegenzug übernimmt der Bund bis 2014 – da endet der Finanzausgleich – zwei Drittel der zusätzlich anfallenden Pflegekosten. Der neue Pflegefonds wird mit 685 Mio. Euro dotiert und ist ebenfalls bis 2014 befristet.

Präsentiert wurde das Ergebnis am 16. März. Finanzminister Josef Pröll sprach von „vielen Gewinnern“, der derzeitige Vorsitzende der Landeshauptleuterkonferenz, Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer, von „einem großen Werk“. Bundeskanzler Werner Faymann kommentierte die Einigung als Bestätigung seines angekündigten „Jahres der Reformen“. Laut Sozialminister Rudolf Hundstorfer werden vom neuen Pflegefonds rund 435.000 PflegegeldbezieherInnen profitieren.

Verstöße gegen den Stabilitätspakt sollen künftig vom Rechnungshof öffentlich gerügt werden. Neben den nunmehr rigorosen Defizitobergrenzen verpflichtet der Stabilitätspakt die Gebietskörperschaften außerdem zu mehr Transparenz bei den Finanzen. Demnach müssen die Länder künftig auch neu geschaffene bzw. ausgegliederte Einheiten wie Krankenanstalten und Wohnbaugesellschaften melden, wodurch Schulden nicht mehr in solchen ausgelagerten Gesellschaften verbucht werden können. Daten müssen transparenter gestaltet und auf der Homepage des Ministeriums öffentlich zugänglich gemacht werden.

Die 685 Mio. Euro für den neuen Pflegefonds werden auf vier Jahre verteilt (2011: 100 Mio. Euro, 2012: 150 Mio. Euro, 2013: 200 Mio. Euro, 2014: 235 Mio. Euro). Neben den zwei Dritteln des Bundes steuern Länder und Gemeinden das restliche Drittel bei. Die Verwaltung des Landespflegegelds übernimmt der Bund. Im Bund waren bisher 23 Träger für die Auszahlung zuständig, in den neun Bundesländern gar 280 Träger.

Die genannte Summe ist allerdings nur eine Überbrückungsfinanzierung. Eine dauerhafte Lösung zur Finanzierung der ständig wachsen-

den Pflegekosten soll eine eigene Arbeitsgruppe bis 2012 erarbeiten. Ziele sind unter anderem: Reduktion der Entscheidungsträger, Vereinheitlichung der Vollziehung, Beschleunigung der Verfahrensdauer.

Gleichzeitig mit der Schaffung des Pflegefonds soll eine Reform des Pflegegelds kommen. „Die Mittel aus dem Pflegefonds dürfen ausschließlich für die Pflege verwendet werden“, betonte Sozialminister Hundstorfer. Konkret werde das Pflegefondsgesetz die Mittelaufteilung an Länder und Gemeinden sowie die Mittelverwendung für Aufbau, Ausbau und Sicherung von Pflegeleistungen (etwa mobile Dienste, Tageszentren, Kurzzeitpflege, stationäre Pflege, Case- und Caremanagement) regeln.

Bundesregierung beschloss Frauenquote in staatsnahen Betrieben

Die Bundesregierung hat sich am 15. März im Ministerrat auf eine Frauenquote für staatsnahe Betriebe geeinigt. Bis 2013 sollen in 55 Unternehmen, an denen der Staat mit mehr als 50 % beteiligt ist, 25 % der Aufsichtsräte weiblich sein. Bis 2018 soll die Frauenquote auf 35 % erhöht werden. Derzeit liegt sie knapp über 16 %. Vorerst gilt eine freiwillige Selbstverpflichtung ohne Sanktionen. Sollte der Frauenanteil von 35 % bis 2018 jedoch nicht erfüllt sein, werden gesetzliche Maßnahmen eingeleitet.

VfGH: Kreuze in Kindergärten zulässig

Das Anbringen von Kreuzen in heimischen Kindergärten sei zulässig, hat der Verfassungsgerichtshof (VfGH) am 16. März entschieden. Ein Vater aus Niederösterreich hatte Beschwerde gegen Kreuze und religiöse Feiern im Kindergarten eingebracht.

Auch vor dem Hintergrund der Trennung von Kirche und Staat sei dies nicht als „Präferenz des Staates für eine bestimmte Religion“ zu werten, so die Begründung. Ebenso würden religiöse Feiern wie das Nikolausfest nicht gegen die Verfassung verstoßen, da die Teilnahme nicht verpflichtend sei.

Spendenabsetzbarkeit wird ausgeweitet

Ab 2012 sollen auch Spenden für Freiwillige Feuerwehren, Umwelt- und Naturschutzorganisationen sowie Tierheime von der Steuer absetzbar sein. Bisher galt diese Regelung nur bei Spenden für mildtätige Organisationen, Entwicklungszusammenarbeit oder Katastrophenhilfe. Die Begutachtungsfrist des Regierungsentwurfs endet am 8. April.

EUROPA INTERNATIONAL**Bundeskanzler Faymann bei EU-Gipfel in Brüssel**

Österreich war beim Gipfeltreffen der 27 EU-Staats- und Regierungschefs am 24./25. März in Brüssel durch Bundeskanzler Werner Faymann vertreten.

Geeinigt haben sich die EU-Staaten nach der Nuklear-Katastrophe in Japan auf „Stresstests“ für die 143 Atomkraftwerke in der Europäischen Union, allerdings unter Aufsicht der nationalen Atomaufsichtsbehörden und nicht von unabhängigen Experten, wie Österreich gefordert hatte.

Bundeskanzler Faymann bekräftigte in Brüssel seine Forderung nach einem europaweiten Atomausstieg und warb für seine Initiative für ein europäisches Volksbegehren. Die Zukunft liege in Energieeffizienz und erneuerbaren Energiequellen. Auf Kernenergie als Beitrag zum Klimaschutz zu setzen, sei angesichts der katastrophalen Ereignisse in Japan Zynismus, so Faymann. Der EU-Gipfel markiere den Beginn der Debatte über Atomenergie. In der Bevölkerung Europas habe Österreich jedenfalls viel mehr Zuspruch als bei den Regierungschefs, sagte der Bundeskanzler. Auch Österreich, das einen gewissen Anteil an Atomstrom importiere, müsse seine Hausaufgaben machen. Unterstützung bekam Faymann von Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel, die die AKW-Sicherheit europa- und weltweit verbessern will.

Zum Militäreinsatz in Libyen und einer möglichen europäischen Beteiligung verwies Faymann einmal mehr und mit allem Nachdruck auf Österreichs Neutralität. An einem internationalen Einsatz würde Österreich nur auf humanitärer Ebene teilnehmen. Voraussetzung für eine Beteiligung im Rahmen der EU-Battle-Groups wären ein UNO-Mandat – die aktuelle UNO-Resolution betreffe ausschließlich die Flugverbotszone –, ein Beschluss der EU sowie die Einzelfall-Entscheidung, unterstrich Faymann. Im Vordergrund aller EU-Überlegungen stünden der Schutz der Zivilbevölkerung und solidarische Hilfe im Falle von Flüchtlingsströmen.

Beschlossen wurde auf dem EU-Gipfel die finanzielle Ausstattung der beiden Euro-Rettungsschirme – sowohl des bestehenden, als auch des neuen permanenten Euro-Schutzschirms, der ab 2013 in Kraft treten soll. Der permanente Krisenfonds ESM (Europäischer Stabilisierungsmechanismus) für schwer verschuldete Euro-Länder wird ab 2013 mit einer Kapitalbasis von 700 Mrd. Euro bereit-

stehen. In diesen Fonds zahlen die 17 Eurostaaten 80 Mrd. Euro bar ein, 620 Mrd. Euro liegen in Form von Garantien oder abrufbarem Kapital bereit. Die Bareinzahlung wird auf fünf Jahre aufgeteilt. Für Österreich würden jährlich 450 Mio. Euro fällig, die Gesamtsumme für fünf Jahre betrage rund 2,2 Mrd. Euro, erklärte Faymann.

Die 17 Euro-Länder und weitere sechs EU-Staaten haben zudem einen „Pakt für den Euro“ beschlossen. Dabei geht es um eine freiwillige engere Abstimmung der nationalen Wirtschaftspolitiken, etwa bei Löhnen, Steuern und Schuldenabbau.

Faymann für Europa ohne Atomenergie

In einer Sondersitzung des Nationalrats haben Bundeskanzler Werner Faymann und Umweltminister Nikolaus Berlakovich am 22. März zur Einigkeit von Regierung und Opposition im Kampf gegen Atomenergie aufgerufen. Man könne angesichts der Nuklearkatastrophe in Japan nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern müsse gerade jetzt in Europa und weltweit gegen die weitere Nutzung und den Ausbau von Kernenergie eintreten, forderte Faymann. Österreich müsse sich in Europa zum Sprecher für einen Ausstieg aus der Atomenergie machen. Primäre Aufgabe sei es, konkrete Szenarien zu Atomausstieg, Forcierung von Alternativenergien und mehr Energieeffizienz zu entwickeln, so Faymann. Bereits zuvor hatte die Bundesregierung im Ministerrat einen Aktionsplan „Raus aus Atom“ beschlossen – mit dem generellen Ziel, international und „auf allen Ebenen Europas entschlossen und konsequent gegen die Nutzung der Atomenergie“ vorzugehen, erklärte Faymann. Dieses Thema wurde auch mit Tschechiens Premier Petr Nečas erörtert, der am 22. März zu Gesprächen in Wien weilte.

Spindelegger in Zypern und Kosovo

Bei Gesprächen in Nikosia/Zypern hat Außenminister Michael Spindelegger am 24. März Ankara zu weiteren Anstrengungen im Zuge der EU-Annäherung aufgefordert. Dabei geht es unter anderem um die Ausweitung der Zollunion zwischen der EU und der Türkei auf die Republik Zypern. Dafür müsste die Türkei ihre Flug- und Schiffshäfen auch für die Republik Zypern öffnen.

Bei einem bilateralen Besuch im Kosovo am 25. März kündigte Spindelegger Österreichs verstärktes Engagement für eine Anerkennung des Kosovo durch alle EU-Staaten an.

WIRTSCHAFT

Neues Ökostromgesetz: Mehr Förderung für erneuerbare Energien

Die Förderung von Ökostrom wird in Österreich neu geregelt: Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner hat am 23. März das neue Ökostromgesetz präsentiert. Damit soll Österreich bis 2015 von Atomstromimporten unabhängig werden. Angesichts der Katastrophe im japanischen AKW Fukushima müsse man gerade jetzt „das offene Fenster für erneuerbare Energien nutzen“, betonte der Minister.

Das gesamte Fördervolumen für neue Ökostromanlagen wird heuer um rund 100 Mio. Euro aufgestockt. Die jährliche Förderung wird von bisher 21 Mio. Euro auf 30 Mio. Euro erhöht. Damit sollen auch die langen Wartelisten bei Ökostromanlagen abgebaut werden. Künftig gibt es zwar weniger Förderung, diese aber innerhalb kürzester Zeit. Außerdem wird jede Technologie – Strom aus Sonne, Wind, Biomasse oder Kleinwasserkraftwerken – mit einer jährlichen Fixsumme gefördert.

Derzeit liegt der Anteil der Stromimporte aus Kernenergie bei rund 6 %. Private Haushalte müssen mit Mehrkosten von rund 13 Euro pro Jahr rechnen.

Österreich steigerte Erwerbstätigkeit auf Platz vier in EU

Österreich verzeichnete bei einem Vergleich der vierten Quartale 2010 zu 2009 den vierbesten Anstieg der Erwerbstätigkeit innerhalb aller EU-Staaten. Laut jüngster Eurostat-Daten erzielte Österreich bei der Erwerbstätigkeit einen Anstieg von 1,7 %, der EU-Schnitt lag bei plus 0,3 %. Spitzenreiter war Malta (+3,4 %) vor Schweden (+2,4 %) und Ungarn (+2,0 %). Schlusslicht war Slowenien mit einem Minus von 2,1 %, wobei die Zahlen für Griechenland und Irland noch ausstanden.

Spritpreis-Gipfel bei Mitterlehner

Ein Sinken der derzeit hohen Treibstoffpreise sei nicht absehbar, doch ein neues Gesetz soll Autofahrern einen besseren Überblick auf dem Treibstoffmarkt verschaffen, erklärte Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner am 25. März im Anschluss an den Spritpreis-Gipfel, zu dem er Vertreter der Mineralölwirtschaft, Autofahrerclubs und Experten geladen hatte. „Es geht darum, die relativ günstigste Lösung für Österreich zu finden, die kurzfristig einzige Möglichkeit ist die Verbesserung der Preistransparenz“, so Mitterlehner.

Ein neues Gesetz, das in den kommenden vier Wochen eingebracht werden soll, wird die

Betreiber der 2.700 heimischen Tankstellen dazu verpflichtet, ihre Preise „zeitnah“ in eine öffentlich zugängliche Datenbank einzugeben, ohne damit übermäßigen Aufwand zu verursachen. Der Wirtschaftsminister begründete die gesetzliche Regelung damit, dass die freiwilligen Meldungen, auf denen die Systeme der beiden Autofahrerclubs ÖAMTC und ARBÖ beruhen, zuletzt immer spärlicher und zunehmend verspätet erfolgt seien.

Andere Eingriffsmöglichkeiten wie Senkung der Mineralölsteuer, Preisregulierung oder öffentliche Tankstellen lehnte Mitterlehner ab.

Lebensmittelbericht 2010

Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich präsentierte am 23. März den Lebensmittelbericht 2010. Österreich sei auf dem richtigen Weg und mit sicheren, qualitativ hochwertigen Lebensmitteln aus heimischer Produktion gut versorgt, kommentierte Berlakovich die aktuellen Ergebnisse. Die Wirtschaftskrise sei zudem besser bewältigt worden als in anderen Sektoren. 2009 habe die österreichische Lebensmittelbranche ein vergleichsweise geringes Umsatzminus von 7 % verzeichnet, während die sonstige Industrieproduktion einen Rückgang von 20 % gemeldet habe. Auch die Agrarexporte seien 2010 wieder um 8,3 % auf 7,74 Mrd. Euro gestiegen. Österreichische Lebensmittel würden im In- und Ausland überzeugen, betonte der Umweltminister.

Im Biobereich sei Österreich mit 20 % der Agrarnutzungsfläche weiterhin europaweiter Spitzenreiter. Der Biolebensmittelumsatz habe sich innerhalb von zehn Jahren von 308 Mio. Euro auf 984,2 Mio. Euro im Jahr 2009 verdreifacht. Auch der Trend zu regionalen Produkten halte an. Wichtig seien den KonsumentInnen auch Herkunftsbezeichnung und strenge Qualitätskontrolle, erklärte Berlakovich.

Post steigerte 2010 Gewinn

Die börsennotierte österreichische Post hat für 2010 118,4 Mio. Gewinn ausgewiesen, um 48,5 % mehr als im Jahr davor (79,7 Mio. Euro). Die Dividende soll daher von 1,50 Euro auf 1,60 Euro steigen.

BAWAG in Gewinnzone

Erstmals nach vier Jahren ist die BAWAG PSK wieder in der Gewinnzone: Der Nettogewinn 2010 beträgt 125,4 Mio. Euro. Die Risikokosten seien gesunken, die Erträge gestiegen, teilte das Unternehmen mit.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT**Preis der Leipziger Buchmesse für Belletristik an Clemens J. Setz**

Der 28-Jährige Grazer Autor erhielt am 17. März die mit 15.000 Euro dotierte Ehrung für seinen Erzählband „Die Liebe zur Zeit des Mahlstädter Kindes“. „Den Ausschlag gaben die Kühnheit der Konstruktion, die Eigenwilligkeit der Sprache und die Konsequenz des Konzepts, das zu gleichermaßen originellen wie unheimlichen Geschichten führte“, heißt es in der Begründung der Jury. Setz war zuletzt mit dem Literaturpreis der Stadt Bremen ausgezeichnet worden. Er hatte sein literarisches Debüt 2007 mit dem Roman „Söhne und Planeten“ gefeiert, der es auf Anhieb auf die Shortlist des Aspekte-Literaturpreises schaffte. 2009 hatte er mit seinem Mammut-Roman „Die Frequenzen“ nur knapp den Deutschen Buchpreis verfehlt.

Musikpreis Salzburg 2011

Der Musikpreis Salzburg geht 2011 an den Komponisten und Dirigenten Friedrich Cerha. Der mit 60.000 Euro dotierte Preis wurde am 13. März im Zuge der Salzburg Biennale zum dritten Mal vergeben. Der 1926 in Wien geborene Künstler war Mitbegründer des „Ensembles die reihe“ und unterrichtete an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien. Zu seinen bisherigen Auszeichnungen zählen der Große Österreichische Staatspreis für Musik (1986), das Österreichische Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst (2005) sowie der „Goldene Löwe“ der Musik-Biennale Venedig (2006). Der mit 20.000 Euro dotierte Förderpreis zum Musikpreis wurde der spanischen Komponistin Elena Mendoza verliehen, die seit 2007 als Dozentin für Komposition und experimentelle Musik an der Berliner Universität der Künste wirkt und 2010 als erste Frau den spanischen Nationalpreis für Musik erhielt.

Die Salzburg Biennale 2011 unter der künstlerischen Leitung von Heike Hoffmann verfolgt das Konzept, verschiedene Stränge zeitgenössischer Musik zu präsentieren. In 44 Veranstaltungen wurden im März u. a. Musiktheater, Filmmusik sowie das Komponistenporträt Friedrich Cerha geboten.

Film-Festival Diagonale 2011

Bereits zum 14. Mal machte vom 22. bis 27. März das Festival Diagonale unter Intendantin Barbara Pichler Graz zur Filmhauptstadt Österreichs. Die Diagonale versteht sich als zentrale Plattform für die Präsentation und Diskussion

österreichischer Filmproduktionen mit dem Ziel, das heimische Filmschaffen im öffentlichen Diskurs zu verankern und dadurch mehr Aufmerksamkeit für Kino aus Österreich zu generieren. Insgesamt wurden 2011 183 Filme und Videos präsentiert, wobei einige von ihnen ihre österreichische Erstaufführung oder Weltpremiere feierten. Zu den Programmhightlights der Diagonale zählen, neben einem Jahresrückblick, auch ein filmhistorisches Spezialprogramm (Österreich 1975 bis Anfang der 90er Jahre mit Filmen von Kitty Kino, Valie Export, Karina Ressler und Margareta Heinrich), eine Personale, die das eindrucksvolle Oeuvre einer/s österreichischen Filmschaffenden vorstellt und würdigt, sowie ein Tribute, das alljährlich einen internationalen Filmgast mit ausgewählten Arbeiten nach Graz bringt, während die Programmreihe Spektrum ihr Augenmerk auf europäische Koproduktionen mit heimischer Beteiligung richtet und so das Filmproduktionsland Österreich stärker im internationalen Kontext verankert.

Die Eröffnung erfolgte mit der Weltpremiere von Nikolaus Geyrhalters „Abendland“ (Kamera: Nikolaus Geyrhalter, Montage: Wolfgang Widerhofer), einer großen, assoziativen Reise durch ein nächtliches Europa. Der Essayfilm hinterfragt den Begriff von Abendland als überlegene Kulturform, zeigt aber auch Facetten einer Dienstleistungs- und Wohlstandsgesellschaft, die auf dem Prinzip der Exklusivität, des Nicht-Teilens und Nicht-Teilhabens funktioniert und sich daher als Bollwerk der Sicherheit nach außen abschirmt. Auf dem Spielfilmsektor wurde „Mörderschwestern“ von Peter Kern gezeigt sowie Uraufführungen wenig bekannter Regisseure wie etwa Richard Wilhelmers bemerkenswerter Film „Adams Ende“.

Die Personale des Festivals war in diesem Jahr Peter Tscherkassky gewidmet, der zu den international bekanntesten und renommiertesten Avantgardefilmern zählt. Der gebürtige Wiener verwendet aufgefundenes Filmmaterial (Found Footage) und setzt mithilfe einer aufwendigen Technik Details dieses Materials händisch zu ganz neuen Erzählungen zusammen. Das Resultat sind faszinierende und humorvolle Filmkunstwerke, die mit Preisen überhäuft wurden und ihre Premieren an prominenten Festivalschauplätzen wie Cannes, Venedig, Rotterdam, Montréal oder New York feierten. Man begegnet den Filmen Tscherkasskys aber auch auf der documenta 12 und an renommierten Institutionen wie dem Walker Art Center in Minneapolis, dem Andy-Warhol-Museum in Pittsburgh oder dem Pariser Louv-

re. Tscherkassky hat das Interesse am Avantgardefilm neu belebt und übt eine nicht zu unterschätzende Vorbildwirkung auf nachfolgende Generationen von unabhängigen Filmemacher/innen aus. Seine neueste Produktion „Coming Attractions“ hatte im September bei den Filmfestspielen in Venedig Weltpremiere und wurde auch prompt mit dem Kurzfilmpreis ausgezeichnet, wobei das Filmmaterial aus der Konkursmasse eines Werbefilmunternehmens stammte. Als besonderes Highlight machte Peter Tscherkassky im Rahmen einer Kino-Lecture das Publikum mit dem komplexen Herstellungsprozess seiner Filme vertraut.

Filmgast 2011 war Elfi Mikesch, die vom Kuratorium des Deutschen Kamerapreises in einer Laudatio 2006 als „unbeirrbar Stimme in der Sprache bewegter Bilder“ gewürdigt wurde und die sich durch ihre Liebe zum Experiment auszeichnet. Sie war in knapp 30 Filmen als Kamerafrau für Regiegrößen wie Werner Schroeter, Monika Treut, Peter Lilienthal, Heinz Emigholz und Rosa von Praunheim tätig. Darunter befinden sich Filmklassiker wie *Malina* (1991) oder *Deux* (2002), der bei den Filmfestspielen in Cannes uraufgeführt wurde. Die Diagonale zeigte stellvertretend „Die Jungfrauenmaschine“ (für Monika Treut), „Poussières d’amour – Abfallprodukte der Liebe“ (von Werner Schroeter) und „Brinkmanns Zorn“ (von Harald Bergmann). Seit den 1970er Jahren widmet sich die gelernte Fotografin auch eigenen Regiearbeiten. Mit „Judenburg findet Stadt“ und „Mondo Lux – Die Bilderwelten des Werner Schroeter“ (Preis Bildgestaltung 2011) kamen ihre beiden aktuellen Dokumentarfilme zur Aufführung.

Der Festivaltrailer 2011 stammte von der Videokünstlerin, Performerin und Musikerin Sabine Marte in Koproduktion mit dem Kunsthaus Graz. Bereits zum dritten Mal fand in diesem Jahr die Diagonale FILMklasse statt, wobei sich 16 junge Menschen zwischen 15 und 22 Jahren für die Dauer eines Schuljahrs intensiv mit dem Medium Film befassten.

Bei der Eröffnung der Diagonale wurde Senta Berger mit dem Großen Schauspielpreis ausgezeichnet. Zum Abschluss des Festivals wurden Österreichs bedeutendste Filmpreise vergeben, darunter die mit je 21.000 Euro dotierten Großen Preise für den besten Spielfilm an Marie Kreutzer („Die Vaterlosen“) und für den besten Dokumentarfilm an Ivette Löcker („Nachtschichten“). Weitere Preise gingen u. a. an Billy Roisz (Innovatives Kino), Unmut Dag (Kurzspielfilm), Evi Romen und Wolfgang Widerhofer (Schnitt), Arman T. Riahi (Publikumspreis), Marion Mitterhammer und Johan-

nes Krisch (Schauspiel), Leena Koppe (Bildgestaltung), Karl-Heinz Klopff (Kurzdok), Andrea Schratzberger und Veronika Albert (Szenen- bzw. Kostümbild).

Graz ist „City of Design“

Graz bekam von der UNESCO den Titel „City of Design“ verliehen und reiht sich damit in eine Liste ein, auf der sich bereits Städte wie Berlin, Buenos Aires, Seoul und Shanghai befinden. Die Stadt Graz hatte sich bereits 2009 um die Aufnahme in die Liste bemüht, musste aber noch Nachbesserungen vornehmen. Zu den Voraussetzungen gehören eine lebendige Designbranche, starke Impulse von Design und Architektur, ein charakteristisches Stadt-Design, moderne Design Ausbildungsstätten sowie GestalterInnen, die lokal und international tätig sind. Die ausgewählten Städte müssen der UN-Agentur jährlich Berichte über die nationalen und internationalen Aktivitäten als Design-Stadt zukommen lassen.

Die „Cities of Design“ gehören zu dem 2004 gegründeten „Creative Cities Network“, das das Ziel verfolgt, die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung von Städten weltweit voranzubringen, die Kreativität der Kulturbranche zu begünstigen und damit zur kulturellen Vielfalt beizutragen, wobei in den Kategorien Film, Musik, Design, Gastronomie, Medienkunst, Handwerk und Literatur gewählt wird. Das Bekenntnis der Grazer Verantwortlichen zu Kreativität und Innovation in allen Lebensbereichen soll auch Impulsgeber für Tourismus und Wirtschaft sein. Dafür wurde für fünf Jahre ein Sonderbudget von 1,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt und ein elfköpfiges Gremium eingerichtet, das Projekte steuern und die Qualität der Marke sichern soll. Das „City of Design“ Netzwerk begünstigt den Informationsaustausch unter den Mitgliedsstädten und das UNESCO-Logo kann für Programme und Veranstaltungen verwendet werden, die zudem auf der Internetseite der UNESCO bekannt gegeben werden.

Premiere von „Rodelinda“ im Theater an der Wien

Georg Friedrich Händels Oper, die die Völkerwanderung im Vormittelalter thematisiert, wird im Theater an der Wien als Migrations-szenario der Gegenwart präsentiert. Die differenzierte Interpretation der Oper überzeugte das Publikum bei der Premiere am 20. März vor allem musikalisch, wobei Dirigent Nikolaus Harnoncourt bejubelt wurde, die Regie von Philipp Harnoncourt fand weniger Anklang. (www.theater-wien.at/)

„Bildungsfahrplan“ von Koalitionsregierung beschlossen

Ein flexibles Kurssystem in den Oberstufen, das Sitzenbleiben nur mehr in Ausnahmefällen erforderlich macht, und die stufenweise Umstellung aller Hauptschulen in Neue Mittelschulen: Das sind die Nahziele der Schulpolitik der Bundesregierung.

Auch die Schuldirektoren sollen neue Aufgaben bekommen. Das Ideal sei der Direktor, der sich seine Lehrkräfte selbst aussuchen kann und Verantwortung für Budget und Personalentwicklung wahrnimmt.

Weitere Eckdaten der angepeilten Reformen: Ab 2012 werden Bildungsstandards eingeführt, das sind Rückmeldungen über Schülerkompetenzen. Ein Ausbau ganztägiger Schulangebote gewährleistet bedarfsorientierte Wahlfreiheit. Für SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollen die Möglichkeit der schulischen Integration auch nach der 8. Schulstufe erweitert werden. Um diese Anliegen umzusetzen ist eine Gesetzesnovelle geplant, die den Einsatz von LandeslehrerInnen in Bundesschulen erlaubt.

Österreich wirbt bei EU-Kommission für Zugangsquoten in der Humanmedizin

Österreichs Quotenregelung beim Medizinstudium stellt ein nur bis 2012 gesichertes Provisorium dar. In Absprache mit Wissenschaftsministerin Beatrix Karl hat sich Bundeskanzler Werner Faymann nun bei EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso für deren Verlängerung bis 2015 oder 2016 eingesetzt. Ein Brief an Brüssel soll den Nachweis erbringen, dass es mehr Zeit in Anspruch nehmen, eine Lösung zu finden, die eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung in Österreich gewährleisten könne.

Österreich übernimmt Vorsitz für Austauschprogramm CEEPUS

Rund 30.000 Studierende und Lehrende haben bereits von dem 1995 auf Initiative Österreichs gegründete Austausch- und Stipendienprogramm CEEPUS (Central European Exchange Program for University Studies) profitiert, darunter rund 2.500 Studierende und Lehrende aus Österreich. „Österreich hat hier Pionierarbeit geleistet und dem grenzüberschreitenden Anspruch von Wissenschaft und Forschung Rechnung getragen“, so Wissenschafts- und Forschungsministerin Beatrix Karl auf der 17. CEEPUS-Minister/innenkonferenz in Warschau. Die nächste CEEPUS-Konferenz wird 2013 in Österreich stattfinden, da Österreich

nun den Vorsitz für die kommenden beiden Jahre von Polen übernommen hat.

ORF mit Medienarchiv zum Judentum

100 TV- und Radiosendungen zum Judentum bietet der ORF zum Abruf. Das Angebot reicht von Kurzbeiträgen aus Magazinen wie „Orientierung“ und „Heimat, fremde Heimat“ bis zu Dokumentationen wie Helene Maimanns „Massel und Schlamassel“.

Das Service entstand in Kooperation mit dem Jüdischen Museum. Auch dort ist das Angebot nach dem Umbau auf Flatscreens abrufbar. Medienarchive für Islam und Buddhismus sollen folgen.

www.religion.orf.at/judentum

Zahlenspiegel 2010 zu Schule und Bildung

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur legte den "Zahlenspiegel 2010 - Statistiken im Bereich Schule und Erwachsenenbildung" vor. Bildungsministerin Claudia Schmied erklärt dazu: "Bildung ist ein Erfolgsfaktor für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft Österreichs. Wir brauchen daher beste Qualität und faire Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen in Österreich."

Erstmals ist heuer auch eine Statistik über das Angebot in der Fort- und Weiterbildung an Pädagogischen Hochschulen im Publikationsumfang enthalten.

www.bmukk.gv.at/statistik

Startschuss für Masterstudium für Erwachsenen- und Weiterbildung

Am 24. März startete der erste Universitätslehrgang mit Masterabschluss für Erwachsenen- und Weiterbildung. Der vom Bundesinstitut für Erwachsenenbildung (bifeb) und der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt hauptverantwortete Universitätslehrgang ist der erste dieser Art im Bereich der Erwachsenenbildung. Bildungsministerin Claudia Schmied zeigte sich erfreut über diesen "Durchbruch für die Erwachsenenbildung auf Topniveau".

1.000 Forschungspraktika in den Sommerferien zu vergeben

Seit dem 13. März können sich Schülerinnen und Schüler ab 15 Jahren für ein vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie gefördertes Sommerpraktikum in einem heimischen Forschungsbetrieb anmelden, informierte Innovationsministerin Doris Bures. Besonders Mädchen sind heuer gefragt.

SPORTPOLITIK

Expertenpapier bietet die Grundlage für neues Bundes-Sportförderungsgesetz

Klar festgelegte Ziele, eine Verbesserung des Mitteleinsatzes im Spitzen- und Breitensport und eine Reform der Verwaltung mit Schwerpunkten auf besserer Kontrolle, mehr Transparenz und klareren Strukturen sind die Kernpunkte eines Empfehlungsbündels, das auf Initiative von Sportminister Norbert Darabos von Experten ausgearbeitet wurde. Es soll nun die Grundlage für ein neues Bundes-Sportförderungsgesetz bilden.

„Sowohl Missbrauchsfälle wie das ÖOC als auch die Kritik des Rechnungshofes am bestehenden System der Sportförderung haben in den letzten Jahren für negative Schlagzeilen in der Sportförderung gesorgt. Mir ist es wichtig, dem Missbrauch einen Riegel vorzuschieben und gleichzeitig ein zeitgemäßes, partnerschaftlich organisiertes Fördersystem zu haben“, so Sportminister Norbert Darabos anlässlich der Präsentation des Expertenvorschlags im Haus des Sports in Wien.

Vier Themenbündel bilden die Kernpunkte des Expertenpapiers:

- Anliegen des ersten Themenbereichs ist die gesetzliche Verankerung „zentraler Steuerungsparameter“. Dazu gehören Generalziele und Ziele der Förderung, eine begleitende Evaluierung und die Schaffung einer transparenten Förderdatenbank. In der Datenbank sollen in Zukunft die Fördersummen für die Öffentlichkeit transparent gemacht werden. Darüber hinaus sollen auch für den Förderprozess relevante Daten gesammelt werden.

- Für den Spitzensport empfehlen die ExpertInnen die Verbesserung der Beratungsstrukturen für Fachverbände und die Zuteilung von Fördermitteln nach einem transparenten Leistungsmodell auf Basis eines Kriterienkatalogs, das sich in mehrere Fördergruppen gliedern soll. Erfolgreich und planvoll arbeitende Verbände sollen vom neuen System profitieren, während Verbände in einer niedrigeren Gruppe dabei unterstützt werden, die im Kriterienkatalog vorgegebene Organisations- und Strukturentwicklung voranzutreiben. Ziel ist es dabei, positive Prozesse in den Verbänden anzustoßen, die schlussendlich auch im Aufstieg in eine höhere Fördergruppe resultieren. Darüber hinaus soll die Kooperation großer und kleiner Verbände zum Wissensaustausch verbessert werden.

- Im Bereich des Breitensports soll der Mittelfluss der Bundes-Sportfördermittel zur sportlichen Basis verbessert werden. So soll es in

Zukunft eine Mindestquote an Fördermitteln geben, die Dachverbände für ihre Mitgliedsvereine verwenden müssen. Außerdem sollen Dachverbände bei ihren fachsportlichen Aktivitäten vor allem im Nachwuchs zur Kooperation mit den Fachverbänden verpflichtet werden. Die Arbeits-Schwerpunkte der Dachverbände sollen in Fördervereinbarungen festgeschrieben werden.

- Für die Administration der Förderung empfehlen die ExpertInnen unter dem Titel „Verwaltungsvereinfachung und Qualitätssteigerung“ die Umsetzung des „One-Stop-Shop-Prinzips“. Mit dem „One-Stop-Prinzip“ soll eine Anlaufstelle für die Fördernehmer geschaffen werden. Derzeit gibt es bis zu zehn „Fördertöpfe“, aus denen Fachverbände schöpfen können. Weiters wird die Vereinheitlichung der Förderrichtlinien und die Umsetzung eines „Dualen Fördermodells“ empfohlen. Alle institutionellen Fördernehmer sollen in Zukunft eine Grundförderung zur Absicherung ihrer Basisarbeit und eine bedarfsbezogene „Maßnahmen- und Projektförderung“ erhalten. Bei der Kontrolle soll in Zukunft verstärkt auf die inhaltliche Evaluierung der Fördermittel geachtet werden.

„Aus meiner Sicht ist das Expertenpapier ein großer Schritt auf dem Weg zu einem neuen Bundes-Sportförderungsgesetz“, so Sportminister Darabos. „Der Bund schüttet pro Jahr mittlerweile rund 80 Millionen Euro an Sportförderung an die österreichischen Sportverbände aus. Langfristig erfolgreich können wir nur sein, wenn diese Mittel auch effizient eingesetzt werden. Dazu soll ein neues Bundes-Sportförderungsgesetz die Grundlage schaffen.“

Im Jahr 2009 wurde von Sportminister Norbert Darabos ein Prozess zur Reform der Bundes-Sportförderung gestartet. Ziel ist die Schaffung eines neuen Bundes-Sportförderungsgesetzes in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit dem organisierten Sport.

Mit der Ausarbeitung eines Empfehlungspapiers wurde 2010 Wolfgang Mayrhofer von der WU Wien betraut.

Der Endbericht mit den inhaltlichen Empfehlungen wurde im Februar 2011 zur ersten Beurteilung an den Spitzensport-Ausschuss der BSO unter dem Vorsitz von Friedl Ludescher übergeben. Er soll gemeinsam mit der Stellungnahme des Spitzensport-Ausschusses, den Ergebnissen der Tagung am 23. März 2011 sowie den Rückmeldungen der Dachverbände die inhaltliche Grundlage für die Erarbeitung eines neuen Bundes-Sportförderungsgesetzes bilden.